



Kerstin Westphal  
Mitglied des Europäischen Parlaments



## Neues aus dem EU – Parlament von Kerstin Westphal

27.05.2016

Liebe Leserinnen und Leser,

die Verfassungskrise in Polen ist immer noch nicht gelöst. In einer jüngst veröffentlichten Umfrage der polnischen Tageszeitung „Polska The Times“ hat sich eine große Mehrheit der Polen klar zur EU bekannt: 85 Prozent der Bevölkerung würden im Falle eines Referendums für einen Verbleib in der EU stimmen! Dies zeigt, dass die Zivilgesellschaft klar zu einem demokratischen Polen steht, das fest in Europa verankert ist. Darauf sollte sich die polnische Regierung stützen und wieder auf Europakurs einschwenken!

Darüber hinaus im Newsletter: Steuervermeidung von Multis, Geldquellen der organisierten Kriminalität, Einsatz von Glyphosat sowie eine Terminankündigung für Amsterdam.

Viel Spaß beim Lesen

Eure Kerstin Westphal

### **Polnische Regierung muss jetzt die Notbremse ziehen**

*Vizepräsident der EU-Kommission zu Gesprächen in Warschau*

Die Stellung des polnischen Verfassungsgerichtes als höchste Kontrollinstanz wurde durch eine Gesetzesreform und eine Neubesetzung einiger Richterstellen geschwächt. Das Verfassungsgericht hatte das entsprechende Gesetz für verfassungswidrig erklärt, die polnische Regierung akzeptiert dieses Urteil jedoch nicht. Somit existiert derzeit de facto kein arbeitsfähiges Verfassungsgericht in Polen. Deswegen hat die EU-Kommission im Januar den Rechtsstaatsmechanismus eingeleitet. Als Hüterin der europäischen Verträge muss sich die EU-Kommission hinter die Forderung der polnischen Zivilgesellschaft stellen, die Unabhängigkeit der Justiz in Europa zu schützen und diese zu wahren. Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/polnische-regierung-muss-jetzt-die-notbremse-ziehen-2613>

### **Keine Nachsicht bei Steuervermeidung von Multis!**

*Nein zum künstlichen Kleinrechnen von Unternehmensgewinnen*

Durch das Ausnutzen unterschiedlicher nationaler Steuerrechte, interner Verrechnungen und Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerrländer gelingt es internationalen Konzernen ihre Steuerlast erheblich zu senken. Diese Steuerschlupflöcher will die EU schließen - zum Beispiel durch die Besteuerung von Auslandsgewinnen und Vermögensverlagerungen in Niedrigsteuerrländer oder die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen. Wir brauchen eine eindeutige Definition für Betriebsstätten, damit diese zum Steuersparen nicht mehr einfach künstlich dahin verlagert werden können, wo eigentlich keine wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet! Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/keine-nachsicht-bei-steuervermeidung-von-multis-2615>

## **Geldquelle der organisierten Kriminalität trockenlegen**

*Bessere Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug*

Bis zu 60 Milliarden Euro pro Jahr, die die Mitgliedstaaten bei den Mehrwertsteuereinnahmen verlieren, gehen laut Europol auf das Konto der organisierten Kriminalität. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten ist von der Mehrwertsteuer befreit. Somit können Betrüger - und hier besonders die organisierte Kriminalität, wie aktuelle Untersuchungen belegen - in beiden Staaten Steuern hinterziehen. Sowohl der EU als auch den betroffenen Mitgliedstaaten gehen so jährlich Milliardensummen verloren. Den Schaden haben letztendlich die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Mehr dazu: <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/geldquelle-der-organisierten-kriminalitaet-trockenlegen-2610>

## **Einsatz von Glyphosat muss weltweit reduziert werden**

*Keine Zulassung resistenter Maissorten*

Glyphosat steht unter dem Verdacht, krebserregend zu sein. Es wird gerade heiß diskutiert, ob das Pflanzengift in der EU überhaupt weiter zugelassen werden soll. Da wäre es geradezu widersinnig, wenn gentechnisch veränderte Maissorten in die EU importiert würden. Die Gen-Maissorten sind gegen das Pflanzengift Glyphosat resistent. Das würde zu einem erhöhten Einsatz des Pflanzengiftes beim Anbau führen. Das gesamte Verfahren zur Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen muss grundlegend erneuert werden. Mit großer Mehrheit hatte das Parlament im Oktober 2015 einen Vorschlag der EU-Kommission zurückgewiesen, der völlig unzureichend war. Wir fordern die EU-Kommission auf, einen neuen Vorschlag vorzulegen! <https://www.spd-europa.de/pressemitteilungen/einsatz-von-glyphosat-muss-weltweit-reduziert-werden-2612>

### **Terminankündigung: 30. Mai 2016 Urban Agenda Day in Amsterdam**

Die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten treffen sich mit VertreterInnen der EU-Kommission und der EU-Partnerländer sowie weiteren Akteuren (z. B. Ausschuss der Regionen), um den „Pakt von Amsterdam“ zu unterzeichnen. Als Berichterstatterin des EU-Parlaments für dieses Dossier werde auch ich vor Ort sein. Mit der EU-Städteagenda soll auf intelligente Weise eine Zusammenarbeit für Wachstum, ein lebenswertes Umfeld und Innovationen in den Städten Europas angestoßen werden. Der neue Ansatz soll bewirken, dass das Wachstumspotential der Städte optimal genutzt und gesellschaftliche Aufgaben effektiv angegangen werden. In meinem Bericht habe ich betont, wie wichtig es ist, Städte früher und besser in die EU-Gesetzgebung einzubeziehen. Der „Pakt von Amsterdam“ wird ein weiterer wichtiger Schritt sein hin zu einer effizienteren EU-Städtepolitik!

Mehr dazu: <http://deutsch.eu2016.nl/kalender/2016/05/30/ministerkonferenz-zur-eu-stadteagenda>

# EU Urban Agenda

**Euch allen ein schönes und erholsames Wochenende! 😊**

Europabüro Würzburg: Kerstin Westphal, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg.  
E-Mail: [kerstin.westphal@ep.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@ep.europa.eu) - Telefon: +49 931 4525 3128, Fax +49 931 45253129

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de) [www.facebook.com/kerstin.westphal](https://www.facebook.com/kerstin.westphal)  
<https://twitter.com/WestphalKerstin>

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten: Mail an: [gralek@kerstin-westphal.de](mailto:gralek@kerstin-westphal.de)